



# Status Quo

## Wo stehen wir in Sachen Cybersicherheit?

2

Trumps Friedensrat – Alternative zu den VN? (Teil 3)

9

DefTech-Startups bezweifeln Abwehrbereitschaft

11

Status quo: Wo stehen wir in Sachen Cybersicherheit?

14

Deutsche Tornados üben bei Orion 26

16

BDSV übernimmt ideelle Trägerschaft der Enforce Tac

17

Neue Partnerschaft für datengetriebene Verteidigung

## Trumps Friedensrat – Alternative zu den Vereinten Nationen? (Teil 3)

Von Manfred Opel

### Von langer Hand / im Handumdrehen

Der derzeitige US-Präsident Trump kündigte bereits im September 2025 öffentlich an, er werde – und nicht in seiner Eigenschaft als US-Präsident – ein internationales „Friedensforum“ oder einen „Friedensrat“ (Board of Peace; kurz: BoP) gründen und diesem persönlich auf Dauer vorstehen. Doch selbst heute, nachdem mehrere Monate ins Land gegangen sind, ist noch weitgehend unklar, wie dieses Trump'sche BoP überhaupt rechtlich und faktisch definiert und festgelegt werden soll.

Nur so viel: Er soll offensichtlich eine „Corporation“ nach US-Recht sein.

Bisher gibt es, vermutlich der überbordenden Flatterhaftigkeit Donald Trumps geschuldet, bereits zwei dieser BoPs. Und es ist keineswegs ausgeschlossen, dass noch weitere Varianten dieser politischen Blitz-Idee folgen werden.

Da ist einerseits das Zentralorgan des BoP, das ursprünglich das alleinige Ziel verfolgen sollte, den heute nahezu vollständig zerstörten Gazastreifen wieder aufzubauen. Dieser Landstrich am Ufer des östlichen Mittelmeeres sollte durch das erste BoP zu einem riesigen attraktiven friedlichen sowie sicheren Garten-, Freizeit-, Urlaubs- und Geschäfts-Paradies entwickelt werden. An diesem Ort sollte sich die internationale Geschäftswelt treffen, dort entspannen und auch ansiedeln können; Geschäftsabwicklungen inklusive. Ein „Monaco im Morgenland“, sozusagen.

In Davos positionierte sich Trump rund ein Quartal später mit dem Häuflein seiner verbliebenen Getreuen am 22. Januar 2026, am Rande des Weltwirtschaftsforums (WEF), vor den Blitzlichtern der Welt und verkündete einen weit größeren Rahmen für sein BoP, das nunmehr sogar so etwas wie einen UNO-Ersatz abgeben sollte. Die Gründungsurkunde dieses „Friedensforums“ wurde am Rande des 56. Jahrestreffens des Weltwirtschaftsforums offiziell von 21 Staaten als Gründungsmitgliedern unterzeichnet; wie immer, begleitet von Überschwang im Übermaß. Seither herrscht erst einmal Stille. Vermutlich ist Trump derzeit dabei, die eingehenden (oder auch die ausbleibenden) Milliarden US-Dollars zu zählen.

Zur Erinnerung: Die UNO umfasst derzeit mit ihren 193 Mitgliedstaaten praktisch alle international anerkannten, souveränen Staaten der Welt. Trumps BoP hat hingegen mit seinen derzeit 21 Mitglieds- und Gründungs-Staaten nur rund 11% davon. Sie verkörpern noch nicht einmal die Hälfte der Sperrminorität (= 25%) der UNO.

Russen, Chinesen, Amerikaner, Europäer und alle anderen Personen, Gesellschaften und Vereinigungen sollten sich unter dem Dach des Trumpschen BoP in Gaza niederlassen können. Natürlich nur, wenn sie dafür kräftig und im Voraus bezahlt haben. Denn die bauernschlaue Grundidee von Donald Trump war es dabei, wie so oft, andere für das beträchtliche Unheil, das dort in letzter Zeit angerichtet wurde, bezahlen zu lassen. Solch ein herausforderndes Unterfangen ist ja angeblich für „Big Donald“ und seine Crew nicht mehr als ein Heimspiel. Angeblich ...



Manfred Opel



Eine ausgesuchte Gruppe von Autokraten und Sonderlingen trat als erstes dem BoP bei. Hier spielt es keine Rolle, wie das Geld des jeweiligen Volkes verwendet wird.

Die Attraktion jeder Beteiligung eines Staates am Vorhaben BoP liegt für die ehrgeizigen „Politischen Primaten“ der Welt vor allem darin, durch ihre eigene Beteiligung so etwas wie Weltgeltung an der Seite von Donald Trump ausstrahlen zu dürfen. Bezahlt wird das Ganze letztlich durch den eigenen Staat oder durch eine wohlhabende Gesellschaft. Am Ende kann man sogar hoffen, allein durch das Einsparen von Zöllen, Abgaben und Steuern die hohe Mitgliedschaftsgebühr wieder einsammeln zu können.

Zudem, so Trumps Kalkül, soll das BoP im Falle von Konflikten aller Art eine Schlichtungsaufgabe übernehmen können; gegen Cash, natürlich. Und – ganz zentral – das BoP ist stets neutral, also insgesamt grundsätzlich außen vor.

Ob Gaza in diesem Zusammenhang zu einem eigenen Staat „erhoben“ werden und was mit dessen heutigen Einwohnern, den Palästinensern, geschehen soll, ist allerdings bisher noch höchst unklar. Vermutlich war insbesondere durch Israel von Beginn an angestrebt worden, Gaza zu einem eigenen Territorium oder zu einem israelischem „Kondominium“ zu machen und diesen Landstrich, einem internationalen Gebiet verwaltungstechnisch gleichzustellen, wie z.B. einer Sonder-Wirtschaftszone, den internationalen Transitbereichen an Flughäfen oder bestimmten internationalen Wasserwegen; zugleich aber von Israel (gleichsam kostenpflichtig) politisch vertreten zu lassen. Das aber sollte nach israelischer Auffassung allenfalls ein erster Schritt auf dem Wege zu einer vollen Re-Integration dieses Gebietes sein.

Denn schließlich ist der Gazastreifen für gläubige Israelis nichts weniger als Teil ihres Gelobten Landes, wie es das Alte Testament, die jüdische Heilige Schrift, eindeutig ausweist. Das bedeutet wiederum, dass der Gazastreifen vom künstlich geschaffenen Staat Palästina losgelöst und zumindest vorübergehend unabhängig und völkerrechtlich selbständig werden müsste. Israel selbst und die gläubigen Juden weltweit haben ja niemals formal auf Gaza als ihr ureigenstes Gelobtes Land verzichtet. Das begründet nach ihrer Überzeugung ihren dauerhaften Anspruch auf dieses Gebiet. Gaza ist für die Juden ein Teil ihres Innersten und ihres Glaubens. Genau in diese Richtung gehen auch Trumps Überlegungen und die seines engsten Beraterkreises, der ja bekanntlich zum überwiegenden Teil selbst mosaischen Glaubens ist.

### ***Ein Land, eine Regierung***

Allerdings zeigt bei vergleichbaren Situationen die Geschichte eindeutig, dass sich die Praxis, ein Gebiet als Kondominium mehreren Eigentümern oder Verwaltern zugleich zuzuweisen, noch in keinem einzigen Fall bewährt hat.

Also sollte man für die Verwaltung des Gazastreifens vorzugsweise einen anderen Lösungsweg suchen, den zudem möglichst alle direkt beteiligten Seiten akzeptieren können. Als politische Blaupause dafür könnte Puerto Rico dienen; ein rechtlich nicht inkorporiertes Territorium der USA, bei welchem dessen Bewohner zwar US-Bürger sind, ihr Territorium selbst jedoch kein eigener US-Bundesstaat ist. Die Beteiligten an einer solchen Lösung, insbesondere aber Israel, könnten in diesem Fall hoffen, dass sich die Welt an eine solche Lösung gewöhnen wird und eines Tages der gesamte Gazastreifen schließlich wieder uneingeschränkt Teil des historischen Israels sein wird.



Und Palästina? Dieses mehr oder weniger künstlich geschaffene territoriale Konstrukt hat es bisher noch nicht einmal geschafft, den Gazastreifen friedlich und demokratisch zu verwalten. Dort wurde die Terror-Organisation HAMAS regelrecht „gezüchtet“ und verehrt. Neben dem Gazastreifen umfasst Palästina als Kernland auch noch das Westjordanland, das derzeit noch immer von der Fatah-dominierten Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) verwaltet wird.

Für eine eigenständige, sichere und politisch stabile langfristige Lösung für den „groß-israelischen Raum“ spricht letztlich auch, dass der Gazastreifen zentral, durchsetzungsfähig und unabhängig verwaltet werden muss, soll man dort in Zukunft nicht bedrohte Luxus-Anwesen und andere Immobilien erwerben können. Denn allein die dortigen allgemeinen Versorgungseinrichtungen, wie Wasserwerke, Abwasser-Reinigung, Energieversorgung oder andere Einrichtungen, wie lokale Verwaltungen, Schulen und Gesundheitseinrichtungen, bedürfen zentraler staatlicher Verwaltung. Muster für Gaza sollen, nach den bisherigen Äußerungen von Donald Trump, wohl insbesondere die Golf-Staaten sein; mit Edel-Hotels, Golfplätzen, riesigen Flughäfen und mit internationalen Banken. Vor allem soll es dort ausgewählte Luxus-Geschäfte mit schnellem und sicherem Liefer-Service in alle Ecken der Erde geben.

Doch über allem muss eine garantierte Sicherheit für die gesamte Region stehen. Man soll ja vor Ort auch Tresore mieten oder Luxus-Anwesen kaufen können, die sogar nach zukünftigen Standards absolut sicher sind und in denen man sein gesamtes Hab und Gut einlagern können soll. Weitgehend sichere Atom-Schutzbunker, Privat-Jets, Luxus-Autos und -Boote sind dabei natürlich eingeschlossen.

Dieser Ort soll eine sichere Oase für die 10.000 reichsten Menschen auf dem Planeten werden. Der Gesamtwert für alle dortigen Bauten und Anlagen soll innerhalb weniger Jahre auf über 600 Billionen US-Dollar ansteigen. Tendenz: Weiter wachsend. Natürlich soll Israel, neben den USA, die Schutzmacht des gesamten Trump'schen „Gaza-Paradieses“ werden; besondere Vorteile, wie niedrige Preise und Gebühren – insbesondere für reiche US-Bürgerinnen und US-Bürger – eingeschlossen.

Zutritt und Sicherheit, Wohnrecht und Wirtschaft, Steuerwesen und Banken sowie der gesamte Handel sollten allein vom BoP kostenpflichtig verwaltet und auch kontrolliert werden. Und diesen BoP wiederum sollte allein die „Trump-Organisation“ übernehmen, steuern und mit Leben füllen. Man wird sehen, was konkret geschehen und wie die Welt darauf reagieren wird. Das zentrale Risiko wird sein, welche Rolle Donald Trump dabei spielen kann – denn gesund ist der amtierende US-Präsident ganz offensichtlich bereits heute nicht mehr.

In der Zwischenzeit werden Trump und sein Team mit Sicherheit daran arbeiten, wie man solche geschäftlichen Lösungen in die internationale politische Ordnung einfügen kann, ohne den Aufwand dafür selbst bezahlen zu müssen. Das Ziel sind Expansion, Weltgeltung und Sicherheit für die USA. Und zugleich gewaltige Einnahmen für die Trump-Familie.

### **Frieden als „Deal“**

Der derzeitige und umfassende BoP-Plan sieht in seinem Kern heute zwar wie dargestellt aus. Doch da Trump stets flatterhaft und wenig zuverlässig ist, kann sich dieses Konstrukt sehr schnell sowie zudem noch gewaltig ändern.

Die Sicherheit des neuen „Gaza-Strip“ soll nach Trumps Auffassung von den USA, als der steuernden Macht, gebührenpflichtig garantiert werden, wofür Nutzer, Einwohner sowie lokale Geschäftsleute selbstverständlich auch bezahlen müssen. Dieses wiederum könnte ein gänzlich neues weltweites Geschäftsmodell für die USA und vor allem für die zukünftige Trump-Organisation darstellen:



Die USA schützen ein bestimmtes Territorium auf der Welt mit ihrer militärischen Stärke, wenn dafür zu Beginn eine bestimmte einmalige und zudem anschließend eine laufende Summe bezahlt wird.

Wie man Trump kennt, wird er den Schutz „seines Territoriums“ einer neuen US-Organisation übertragen, die aus besonders befähigten sowie gut bezahlten ehemaligen US-Militärs besteht. Vielleicht erhält auch Israel die Chance, bestimmte Kräfte, wie z.B. seine Anti-Terror-Einheiten, in eine neue Sicherheits- und Schutz-Organisation für Gaza zu integrieren. Schließlich betrachten die Israelis den Gazastreifen bereits seit tausenden von Jahren als ihr ureigenstes Gebiet. Die hier skizzierte politische Lösung passt daher perfekt ins Konzept des Staates Israel.

Es gibt jedoch noch weitere Anwärter für ein solches globalpolitisches Schutz-Modell. So könnten, nach Auffassung von Donald Trump, neben dem Gazastreifen auch ganz NATO-Europa oder Kanada, Grönland, Mittel- und Südamerika sowie Taiwan, die arabischen Staaten sowie zahlreiche andere Welt-Regionen einem solchen Herrschaftsmodell unterworfen werden. Natürlich könnten dabei bestimmte Partner, wie z.B. Israel, von Zahlungen ausgenommen werden. Und die Familie Trump säße für unbestimmte Zeit auf diesem lukrativen „Weltenthron.“

Dieses wäre eine ganz neue Art der internationalen Kooperation, die den USA einerseits Zugang und Zugriff auf die Partnerstaaten ermöglichen würde, die sich einer solchen „Allianz“ unterwerfen, sowie andererseits die Sicherheit der Mitglieds-Staaten – kostenpflichtig – gewährleisten würde. Die Idee dahinter lautet: Wenn Krieg Geld kostet, dann besteht insbesondere für jene, die dabei Kapital verlieren könnten, auch Antrieb und Anlass genug, diesen nach Möglichkeit zu vermeiden oder wenigstens schnell zu beenden.

Da bei einer solchen neuartigen, „monetär basierten“ Sicherheitskooperation auch erhebliche Investitionen und Kosten für den Erhalt des BoP anfallen würden, müssten sich die teilnehmenden Partnerstaaten natürlich auch verpflichten, insbesondere die dafür erforderlichen Grundausrüstungen, die Infrastruktur sowie das fortlaufende Training vollständig bereitzustellen. Vor allem aber könnten die USA als der zentral garantierende Staat fungieren. Das würde bedeuten, dass die USA unbestreitbar zur weltweit und überlegen führenden Zentralmacht aufsteigen könnten, die das gesamte politische Geschehen auf der Erde bestimmt und dominiert. Am Ende würden viele Milliarden an US-Dollar beständig in die offiziellen US-Kassen fließen:

Die Welt als der Hilfsarbeiter Amerikas und deren Friedensbringer.

In Davos haben bereits zahlreiche Staatenlenker, die sich vermutlich einen persönlichen Vorteil davon erhoffen, ihre Staaten verpflichtet, für ihre eigenen politischen Träume je eine Milliarde US-Dollar in bar auf Donald Trumps Tisch zu legen. Diese Summe kann selbstverständlich nicht durch jeden BoP-Staat von Beginn an sofort und vor allem nicht vollständig bezahlt werden. Das bedeutet zugleich, dass sich die Partnerstaaten der BoP-Organisation, auf Zahlungsmodalitäten einigen müssen. Am Ende wird daran vermutlich ein Bankenkonsortium kräftig verdienen, das ebenfalls der Trump-Familie gehört.



Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas macht sich für ein verteidigungspolitisch unabhängiges Europa stark – erste Zeichen einer selbstständigen „EUTO“?

© European Union, via Wikimedia Commons

Ein solches Kooperationsmodell sollte nicht nur auf die USA beschränkt bleiben. So könnten zum Beispiel auch die Europäer mittels einer EUTO (European Treaty Organisation) eine eigene Sicherheitsgemeinschaft aufbauen, der auch andere Mitglieder zu vergleichbaren Bedingungen beitreten können und welche nach vergleichbarem Muster, wie die hier beschriebene neue „GTO“ (= Global Treaty Organisation der USA) funktionieren würde.

Solchen globalen Sicherheitsorganisationen stünde es natürlich frei, bestimmte Formen der Kooperation und der eigenen Ausrüstung zu vereinbaren. Solches Vorgehen könnte einerseits zu mehr internationaler Fairness und andererseits zu einer wesentlich höheren sowie wirksameren Stufe nationaler und internationaler Sicherheit führen. Insbesondere für die Europäer sowie auch für andere Weltteile, wie Mittel- und Südamerika, für Australien und Neuseeland, für die demokratischen Staaten im südlichen Asien sowie für Afrika und Ostasien bzw. den pazifischen Raum wäre eine solche politische Strategie durchaus möglich und wünschenswert.

### **Der Wind der Freiheit**

Wie sich die Nationen strategisch orientieren wollen, muss ihnen natürlich selbst überlassen bleiben. Fest steht jedoch, dass in dieser Beziehung Europa, als die Heimat früherer Kolonialmächte, eine zentrale sowie zugleich eine entscheidende gestaltende sowie friedenfördernde Rolle übernehmen muss, um einen beständigen globalen Frieden sicher zu machen. Eine solche weltweite Friedens-Chance bekommt Europa mit Sicherheit nicht so schnell erneut geboten.

Insofern hat Trump, der mit seinem BoP ursprünglich natürlich etwas ganz anderes vorhatte, eine Debatte entfacht, die dazu geeignet ist, dass sich zum Beispiel die Europäer endlich in der ihnen angemessenen geopolitischen Rolle wiederfinden können.

Einmal mehr bestätigt sich in diesem Zusammenhang die politische Erfahrung früherer Zeiten, dass globale Aktivitäten, die ursprünglich eine ganz andere Zielrichtung verfolgen sollten, letztlich jene entscheidend unterstützen können, denen eine Rolle als „Objekt“ zugeordnet war, die sich aber durch eine kluge eigene Politik in die Rolle des „bestimmenden Subjekts“ versetzen konnten.

Viele erinnern sich zum Beispiel heute nicht mehr daran, dass sich die 13 nordamerikanischen Kolonien in ihrem „nur“ rund 200 Jahre zurückliegenden Unabhängigkeitskrieg (1775–1783) primär wegen Steuerstreitigkeiten und mangelnder politischer Mitsprache gegen ihre britische Herrschaft auflehnten und in der Folge ihre Unabhängigkeit erklärten. Dieser Aufstand führte zur Gründung der USA. Am Ende siegten die nordamerikanischen Kolonisten mit französischer Hilfe, was 1783 im Frieden von Paris offiziell anerkannt wurde.

Damals, daran sollte sich insbesondere Trump einmal erinnern, siegten die USA vor allem durch die Unterstützung Frankreichs, Spaniens und der Niederlande.

Man muss sich an dieser Stelle fragen, welche Aufgaben denn Russland und/oder China in Zukunft in einem solchen neuen „Weltmodell der Kräfte“ übernehmen könnten. Beide müssten sich wohl entscheiden, ob sie selbst der zentrale Stern einer eigenen „Polit-Galaxie“ werden wollen oder ob sie sich gleichberechtigt mit anderen Nationen zusammenschließen wollen. Beiden würde z.B. eine dauerhafte strategische Kooperation mit den Europäern mit Sicherheit und auf lange Frist extrem gut tun. Doch zugleich gilt es anzumerken, dass Putin mit seinem derzeitigen brutalen Vorgehen gegen die Ukraine dabei ist, die lange gepflegte Position Russlands als fairer Partner der Europäer auf nicht absehbare Zeit zu zerstören.

Einerseits jagt Wladimir Putin damit unverändert seinen absurden und egoistischen globalen Herrschafts-Plänen – ausgerechnet in Europa – nach und zerstört damit zugleich fortschreitend die globale Substanz Russlands.

Im Jahr 2021 feierte China das 100-jährige Bestehen der Kommunistischen Partei. Heute stellt gerade dieses Erbe ein geopolitisches Problem dar. ▶



Andererseits hat es China in den vergangenen 75 Jahren seines Bestehens als Volksrepublik China (PRC) nicht geschafft, seine globalen Möglichkeiten politisch mit anderen zu teilen und so eigene globale Verbündete zu finden. Eben dieses grundlegende Versäumnis des Präsidenten Xi wird man ihm eines nicht allzu fernen Tages auch in China öffentlich vorwerfen. Die grundsätzliche Frage ist dabei nur, ob das vor der 100-Jahr-Feier der Volksrepublik im Jahr 2049 erfolgen wird oder erst danach.

Vermutlich hat sich China mit seinem eigenen undemokratischen Kommunismus-Modell so sehr politisch isoliert, dass es sich selbst eine Schlinge fehlender politischer Optionen um den Hals gelegt hat. Allerdings kann man sich heute nur sehr schwer vorstellen, dass die Volksrepublik China vor ihrer 100-Jahr-Feier im Jahr 2049 und unter Xi, als dem bis heute unverändert umfassend mächtigen Staatspräsidenten, die Wende hin zu Demokratie und Freiheit schafft.

Man kann diesen Zusammenhang auch so formulieren: Sollte sich China nicht innerhalb weniger Jahre vom Joch des Uralt-Kommunismus befreien, wird seine Selbst-Isolation fortschreiten und die nächsten Generationen Chinas werden die kommunistischen Fesseln sprengen, die sie heute so sehr behindern. Der größte Feind Chinas wirkt heute in seinem Inneren, nicht von außen. Zwar haben sich die unterdessen eingespielten Verfahren in den vergangenen 50 Jahren so in die chinesische Gesellschaft eingebrannt, dass die überfällige demokratische Korrektur zugleich eine zunehmende Gefahr für die bestehende politische Struktur des Landes darstellt. Und dennoch: Es liegt allein an der chinesischen Führung, das Land endlich in die politische Freiheit zu führen.

Da Putin bereits seit Jahren sämtliche Gegenstimmen in seinem Russland mittels schrecklichster Bestrafungen unterdrückt, schafft es dort auch die Wahrheit nicht, an sein Ohr zu gelangen. Ohne es im Grunde vermutlich zu wollen, zerstört der Kreml-Chef so die Substanz Russlands. Putin ist das genaue Gegenmodell zum berühmten Zaren Peter dem Großen. Alles, was vom Aufbau durch Zar Peter heute noch übrig ist, das zerstört Putin; und das sogar zielstrebig.

Russland kann heute noch nicht einmal ein modernes Auto oder gar ein modernes Passagier-Flugzeug bauen und sein gesamtes Militärgerät ist weit überwiegend nur Propaganda-Geschwätz. Sogar die Drohnen, mit denen Putin in bitterkalten Nächten die Zivilbevölkerung der Ukraine terrorisiert, werden nur in Russland end-montiert, nachdem fast alle Teile aus China angeliefert wurden.

### **Wo die Chancen der Welt verspielt werden**

Doch zurück zur den Träumen des Donald Trump: Dieser hat den ersten Schritt bezüglich Gaza ohne jeden Zweifel von langer Hand vorbereiten lassen. Nicht zuletzt deshalb, so scheint es, hat er sich des Öfteren mit dem israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu im Weißen Haus zu ausführlichen Vier-Augen-Gesprächen getroffen, von denen es nur interne Protokolle für Trump und seine engste Crew gibt. Zudem hatte er für die ursprüngliche BoP-Organisation bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt Verhandlungsführer und Manager ernannt, die für die Umsetzung seines Planes verantwortlich sein sollen...und die für diesen Zweck - ohne jeden Zweifel - besonders geeignet sind.



Das bedeutet unzweifelhaft, dass es Donald Trump mit seiner ersten „BoP-Offensive“, die nur ein Vierteljahr vor seinem Auftritt in Davos formal in die Welt gesetzt wurde, zunächst nur um den Gazastreifen ging.

Bei dem am 22. Januar 2026 – ein Vierteljahr später – großspurig inszenierten Auftritt in Davos ging es ihm jedoch, wie bereits erwähnt, um wesentlich mehr. Diesmal ging es ihm um den persönlichen Zugriff auf sein zukünftiges Urlaubs-Paradies, das ihm zudem wohl auch Milliarden an US-Dollars in die Kasse spülen soll, und zugleich um riesige, global ausgerichtete Geschäfte.

Man darf gespannt sein, in welche Art von Gremium Donald Trump seine zweite Variante dieses BoP noch verwandeln wird – und auch, ob das letztendlich faktisch geschehen wird, muss dahingestellt bleiben. Denn sein ganzes Leben lang war Donald Trump schon ein flatterhafter Geschäftsmann, der stets laut, unpräzise und unzuverlässig agierte.

Dabei überwiegen seine Misserfolge seine Erfolge bei weitem. Doch auch das leugnet er fortwährend und beständig.

**Über den Autor:** Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemals MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Anzeige

**EURO  
DEFENCE  
EXPO**

Die internationale Fachmesse  
der Verteidigungsindustrie

# INNOVATIVE LÖSUNGEN FÜR EINE SICHERE WELT

22.–25. SEPTEMBER 2026

**JETZT STAND BUCHEN!**

[eurodefenceexpo.de](http://eurodefenceexpo.de)

SCHUTZ UND WIRKUNG

ROBOTIK

KI UND SOFTWARE

ABC-ABWEHR

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

LOGISTIK, VERSORGUNG UND UNTERSTÜTZUNG

AUFKLÄRUNG UND ÜBERWACHUNG

FAHRZEUGE

PERSÖNLICHE AUSRÜSTUNG UND AUSSTATTUNG

TRAINING, AUSBILDUNG UND SIMULATION

FÜHRUNG UND KOMMUNIKATION

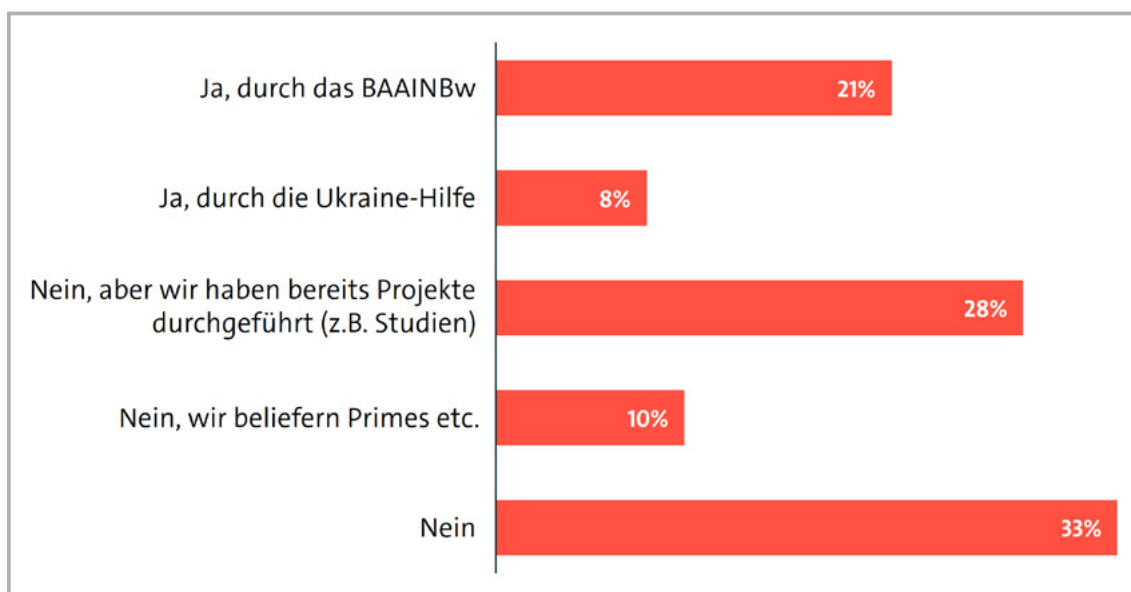
IDEAL PARTNER



## DefTech-Startups bezweifeln Deutschlands Abwehrbereitschaft

Russlands Krieg gegen die Ukraine, Spannungen zwischen der EU und den USA und hybride Angriffe auf Infrastrukturen, Verwaltungen und Unternehmen: Trotz der massiv veränderten Weltlage ist Deutschland weiterhin kaum in der Lage, sich zu verteidigen. Davor haben im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz auch deutsche DefTech-Startups gewarnt. So stuften 9 von 10 die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands als gering (76 Prozent) oder sehr gering (11 Prozent) ein.

Im Vorjahr hatten noch 71 Prozent die Verteidigungsfähigkeit als gering und 25 Prozent sogar als sehr gering bezeichnet. Grundlage ist eine Befragung von 37 Gründerinnen und Gründern von DefTech- und Dual-Use-Startups durch Get Started, die Startup-Initiative des Digitalverbands Bitkom. „Verteidigungsfähigkeit und Resilienz werden inzwischen gesellschaftlich breit debattiert und es bewegt sich etwas, aber die Dringlichkeit ist zu oft noch nicht spürbar. Wir können nicht Jahre auf Veränderungen warten, wir brauchen schnell einsatzfähige Lösungen“, erläuterte Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst. „Zur Verteidigungsfähigkeit gehören heute auch Daten, KI und vernetzte Systeme. Software Defined Defense muss das Leitmotiv deutscher Verteidigungspolitik sein.“



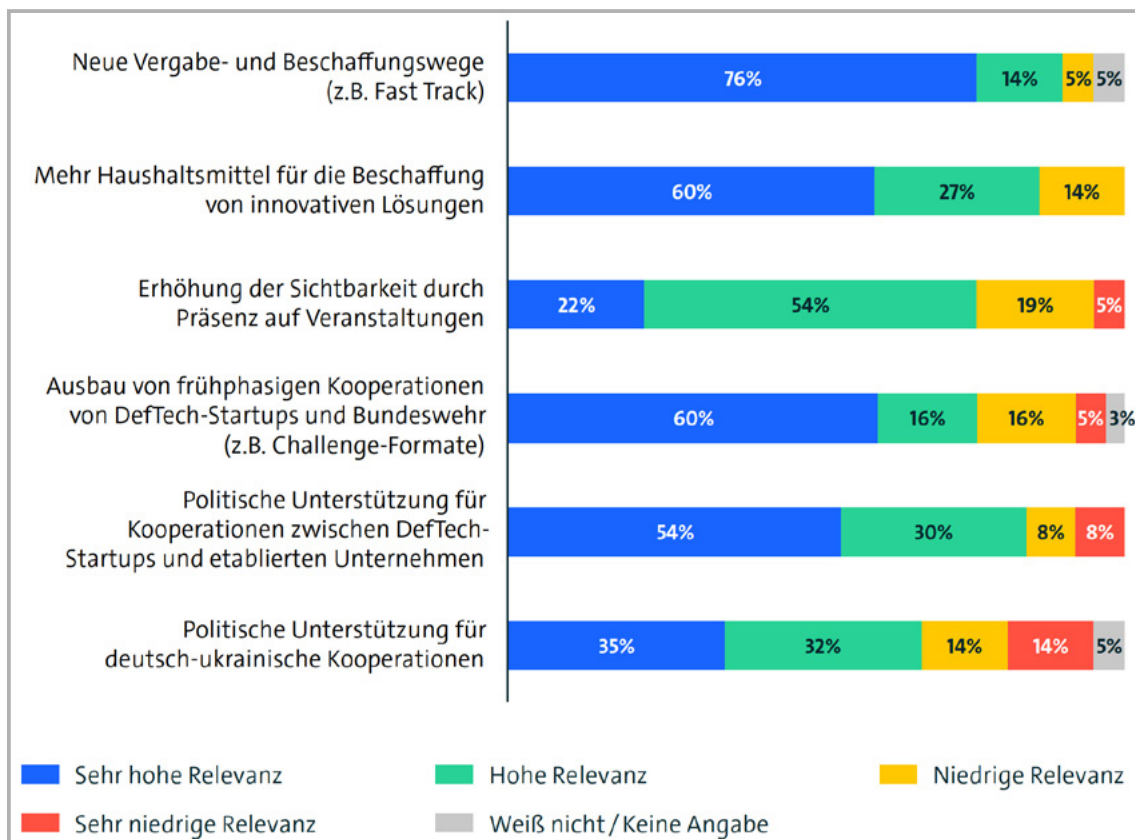
Direktbeauftragung durch die Bundeswehr; Mehrfachnennung möglich (Bitkom-Befragung 2026: n=37)

Der größte Hemmschuh bleibt nach Ansicht der Startups der langwierige Beschaffungsprozess. Deshalb fordern 90 Prozent beschleunigte Vergabe- und Beschaffungsverfahren, wie etwa durch Fast Tracks. 87 Prozent sprechen sich zudem für mehr Mittel aus dem Verteidigungshaushalt zur Beschaffung innovativer Lösungen aus. 76 Prozent wünschen sich eine frühe Kooperation von Bundeswehr und Startups, beispielsweise in Form von Challenge-Formaten. Für 84 Prozent der Befragten ist es wichtig, dass die Politik die Kooperation von DefTech-Startups und etablierten Unternehmen stärker fördert. „Startups entwickeln permanent Innovationen in sehr kurzen Zyklen. Das müssen wir nutzen und Erprobung und Beschaffung so aufstellen, dass neue Lösungen unverzüglich in der Praxis ankommen können“, so Wintergerst.

### USA verlieren deutlich an Attraktivität, Deutschland legt zu

Trotz aller Kritik wächst unter den Startups das Vertrauen in den Standort Deutschland. Rund jedes zweite DefTech-Startup (49 Prozent) würde bei einer erneuten Gründung Deutschland wählen, das ist ein Plus von 10 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. 24 Prozent würden in einem anderen EU-Land gründen (2025: 16 Prozent). Die Attraktivität der USA geht dagegen deutlich zurück: Nur noch 8 Prozent würden dort gründen, vor einem Jahr waren es mit 25 Prozent noch drei Mal so viele.

Und an noch einer anderen Stelle kann man eine Verbesserung wahrnehmen: Mit ihrem Engagement als Gründerin oder Gründer im Verteidigungsbereich fühlen sich mit 65 Prozent inzwischen zwei Drittel hierzulande wertgeschätzt. Vor einem Jahr war es mit 41 Prozent nicht einmal jedes zweite.



Relevanz von politischen Maßnahmen zur Stärkung des DefTech-Standorts; Mehrfachnennung möglich (Bitkom-Befragung 2026; n=37)

Text: Bitkom; DK

#### Weiterführende Informationen:

Die komplette Auswertung der Befragung auf den Internetseiten des Bitkom e.V.  
[\[https://www.bitkom.org/Bitkom/Publikationen/DefTech-Report-2026\]](https://www.bitkom.org/Bitkom/Publikationen/DefTech-Report-2026)

## Unsichtbare Bedrohungen

# Status quo: Wo stehen wir in Deutschland in Sachen Cybersicherheit?

*In einer vernetzten Welt können Cyberangriffe großen Schaden anrichten. Das Nationale IT-Lagezentrum beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat daher die aktuelle Cyber-Bedrohungslage in Deutschland permanent im Blick. Hauptmann Gerrit O. ist dort als Lagebeobachter für den Chief Information Security Officer der Bundeswehr (CISOBw) eingesetzt.*

Zu seinen Aufgaben gehört es, Bedrohungen im Cyberraum rechtzeitig zu erkennen, deren Auswirkungen zu bewerten und Maßnahmen abzustimmen. Damit trägt der Cyberexperte dazu bei, die digitale Infrastruktur der Bundeswehr und des Landes vor Cyberangriffen zu schützen. Im Interview gibt er Einblicke in seine Arbeit beim Lagezentrum und berichtet, wie Deutschland bei der Cybersicherheit aufgestellt ist.

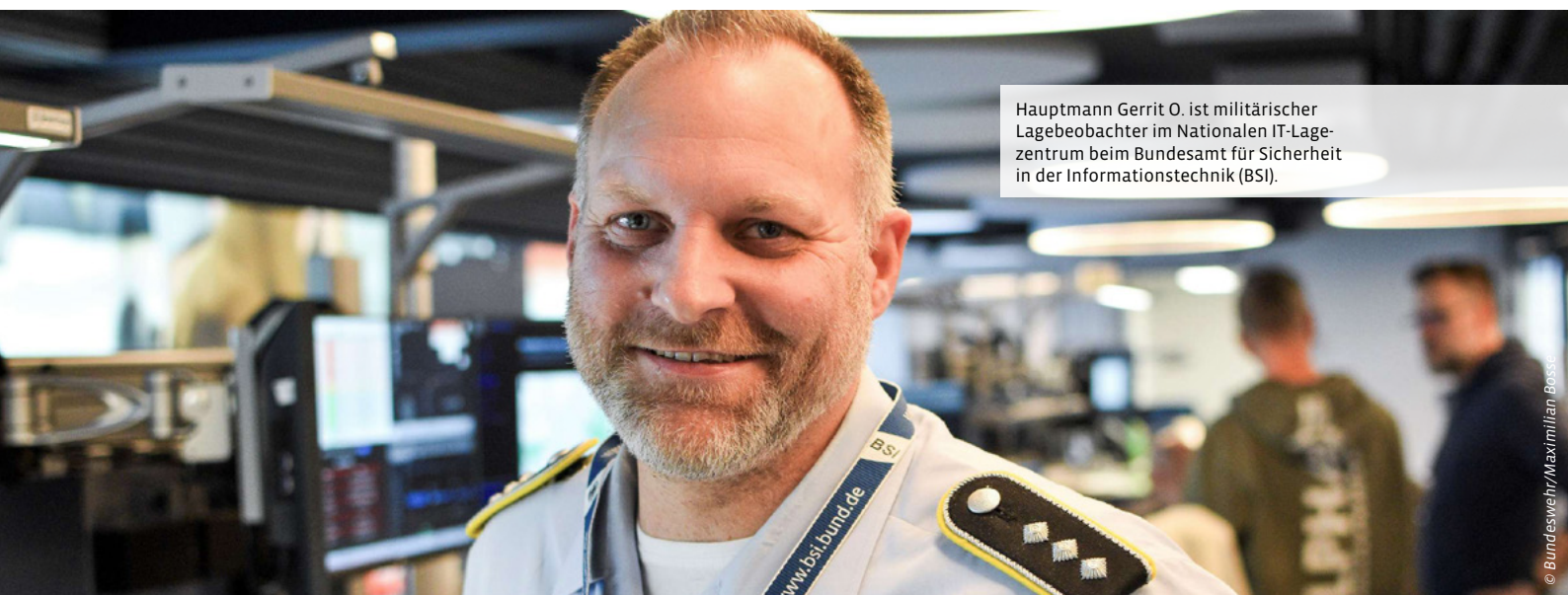
### **Warum ist das Thema Cybersicherheit gerade heute so wichtig?**

Die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung in nahezu allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen macht unsere Gesellschaft verwundbar. Kritische Infrastrukturen wie Energieversorgung, Gesundheitswesen und Verkehr sind auf funktionierende IT-Systeme angewiesen. Gleichzeitig werden Cyberangriffe immer ausgefeilter und professioneller. In Zeiten geopolitischer Spannungen und wachsender Cyberkriminalität ist Cybersicherheit eine Voraussetzung für die nationale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität.

### **Wie schätzen Sie die Bedrohungslage in Sachen Cybersicherheit ein und wer steckt hinter den Cyberangriffen?**

Die Cyber-Bedrohungslage ist ernst und dynamisch. Wir sehen eine steigende Anzahl von Angriffen, von denen viele auf staatlich unterstützte Akteure, kriminelle Gruppen oder „Hacktivisten“ zurückgehen. In Deutschland wurden im Jahr 2025 tausende Angriffe auf Unternehmen, Behörden und kritische Infrastrukturen gemeldet.

Besonders häufig sind Ransomware-Angriffe, bei denen Systeme verschlüsselt werden und Lösegeld gefordert wird, Phishing-Kampagnen, die auf Zugangsdaten oder Finanzinformationen abzielen, sowie DDoS-Angriffe, die Dienste überlasten und ausfallen lassen. Hinter diesen Angriffen stehen oft gut organisierte Cyberkriminelle, teils mit finanziellen Motiven, sowie staatlich gesteuerte Gruppen, die Spionage oder Sabotage betreiben.



Hauptmann Gerrit O. ist militärischer Lagebeobachter im Nationalen IT-Lagezentrum beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

**Was wäre ein Beispiel für einen IT-Krisenfall und welche Rolle würde das BSI in einem solchen spielen?**

Ein möglicher IT-Krisenfall wäre zum Beispiel eine koordinierte Cyberattacke auf kritische Infrastrukturen wie das Stromnetz, den Bahnverkehr oder Krankenhäuser in Deutschland. Ein solcher Angriff könnte beispielsweise über eine gezielte Malware-Kampagne erfolgen, die mehrere Betreiber gleichzeitig lahmlegt und die Versorgungssicherheit für Deutschland massiv beeinträchtigt.

Als zentrale Anlaufstelle für die Beobachtung, Bewertung und Koordinierung von Cybersicherheitsvorfällen in Deutschland würde das BSI in einem solchen Szenario als zentrale Koordinationsstelle agieren und zum Krisenreaktionszentrum aufwachsen. Von hier aus würde also zum Beispiel die politische Führung informiert und beraten werden, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

**Inwieweit stärken Sie als Lagebeobachter nicht nur die eigene Cyberabwehr der Bundeswehr, sondern leisten auch einen Beitrag zur nationalen IT-Sicherheit in Deutschland?**

Unsere Aufgabe ist es, als Schnittstelle zwischen Bundeswehr und zivilen Partnern wie dem BSI zu agieren. Indem wir sicherstellen, dass sicherheitsrelevante Informationen in beide Richtungen fließen, tragen wir dazu bei, einzelne Puzzleteile zu einem umfassenderen Lagebild zusammenzuführen. Zum Beispiel analysieren wir gemeinsam mit anderen die Angriffsmuster und identifizieren mögliche Bedrohungen, die sowohl militärische als auch zivile Infrastrukturen betreffen könnten. So ermöglichen wir es, schneller und gezielter auf mögliche Cyberangriffe zu reagieren.

Darüber hinaus profitieren auch die nationalen Sicherheitsbehörden von unserem Wissen über militärische Schutzmaßnahmen, während wir im Gegenzug von den Erkenntnissen des BSI über Angriffe auf kritische Infrastrukturen lernen. Diese enge Zusammenarbeit verbessert die gesamte Resilienz gegenüber Cyberbedrohungen und sorgt dafür, dass die Bundeswehr als Teil des nationalen Sicherheitsgefüges einen aktiven Beitrag zur IT-Sicherheit Deutschlands leistet.



Das Kommando Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr und das BSI arbeiten eng zusammen, um die IT-Sicherheit in Deutschland zu verbessern.

**Was ist die größte Herausforderung bei dieser Tätigkeit für Sie?**

Die größte Herausforderung sind die Dynamik und Unvorhersehbarkeit von Cyberbedrohungen. Angreifer passen ihre Methoden ständig an und wir müssen immer einen Schritt voraus sein. Die Koordination zwischen zahlreichen Akteuren – von Behörden über Unternehmen bis hin zu internationalen Partnern – und das schnelle Handeln in Krisensituationen erfordern ein hohes Maß an Flexibilität und Präzision.

Es besteht eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Chief Information Security Officer der Bundeswehr und dem BSI. Hier ist geregelt, dass der CISOBw Lagebeobachter ins Nationale IT-Lagezentrum abstellt. Diese Beobachter verbessern die Kommunikation bei IT-Sicherheitsvorfällen in der Bundeswehr, und im Krisenfall ermöglicht dies eine schnellere Reaktion zum Schutz der IT-Netze der Bundeswehr.

Text: PIZ CIR

**Warum arbeiten Soldatinnen und Soldaten beim BSI?**

Es besteht eine Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Kommando CIR und dem BSI. Dort ist geregelt, dass der CISOBw Lagebeobachter im Nationalen IT-Lagezentrum abstellt. Diese Beobachter verbessern die Kommunikation bei IT-Sicherheitsvorfällen in der Bundeswehr. Im Krisenfall ermöglicht dies eine schnellere Reaktion zum Schutz der IT-Netze der Bundeswehr.

INFO

Anzeige

ENFORCE TAC 2026, Stand 9-447



**Elbit Systems™**  
Deutschland

**FINALER ABWEHRSCHLAG****IRON FIST**

Unser abstandsaktives Hardkillsystem schützt Gefechtsfahrzeuge effektiv vor Bedrohungen durch KE-Geschosse, Panzerabwehrwaffen, FPV-Drohnen und Loitering Munition. Iron Fist ist im Einsatz, marktverfügbar, zuverlässig und plattformunabhängig.

[www.elbitsystems-de.com](http://www.elbitsystems-de.com)

## Luftoperationen

# Taktisches Luftwaffengeschwader 33 übt mit Partnern bei Orion 26

**Multinational, anspruchsvoll und realistisch: An der multinationalen Großübung Orion 26 nehmen erstmals Tornados des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 teil. Deutschland trainiert vom 8. bis zum 21. Februar 2026 gemeinsam mit Frankreich und weiteren europäischen Partnern für Europas Sicherheit. Katar ist als weitere Partnernation vertreten.**

Weite Ebenen, Pinienwälder bis zum Horizont, lange Startbahnen und frühe Sonnenaufgänge über dem Rollfeld prägen das Bild. Die Umgebung erinnert an klassische Fliegergeschichten aus dem Kino und bietet ideale Bedingungen für eine der größten Luftwaffenübungen Europas. Deren Ziel ist es, moderne Luftoperationen unter realistischen Bedingungen zu erproben. Als Host Nation stellt Frankreich die Infrastruktur und den Übungsrahmen.

Orion 26 zeigt, wie Nationen im Bündnisfall zusammenarbeiten können. Während der Übung werden Planungen abgestimmt, Entscheidungen vorbereitet und Einsätze gemeinsam koordiniert. So entsteht aus vielen nationalen Beiträgen ein geschlossenes Vorgehen im multinationalen Verbund.

### Premiere für das Geschwader

Deutschland beteiligt sich erstmals mit Tornado-Jets des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 aus Büchel an der Übung. Das ist ein wesentlicher Schritt für die Integration des Verbandes in multinationale Luftoperationen sowie für die Einsatzbereitschaft im Bündnisrahmen.

Orion 26 ermöglicht es den deutschen Besatzungen und Unterstützungsanteilen, Verfahren im multinationalen Umfeld weiterzuentwickeln und Erfahrungen in einer komplexen Luftkampagne zu sammeln. Dabei arbeiten sie mit europäischen Partnern ebenso zusammen wie mit weiteren Nationen, darunter Katar.



Das Taktische Luftwaffengeschwader 33 aus Büchel ist bei der Übung Orion 26 mit dabei. Der Kontingentführer tauscht sich mit einem anderen Teilnehmer der Übung aus. Kommunikation ist auch hier der Schlüssel zum Erfolg.

### **Der Tornado: Bewährtes Waffensystem**

Der Tornado ist nach wie vor ein leistungsfähiges Waffensystem. Durch kontinuierliche technische Weiterentwicklungen, moderne Sensorik und bewährte Einsatzverfahren bleibt er ein wichtiger Bestandteil der Luftwaffe. Seine Vielseitigkeit und die Erfahrung der Besatzungen haben sich in zahlreichen Übungsvorhaben und internationalen Kooperationen bewährt.

Das zweistrahlige Mehrzweckkampflugzeug zeichnet sich durch seine Schwenkflügel-Technologie aus, die ihm sowohl hohe Geschwindigkeiten als auch hervorragende Eigenschaften im Langsamflug ermöglicht. Mit einer Höchstgeschwindigkeit von über Mach zwei und seiner Fähigkeit zum Tiefflug unter schwierigen Wetterbedingungen hat sich der Tornado seit seiner Einführung in den 1980er-Jahren als äußerst zuverlässig erwiesen. Seine Rolle umfasst Luftnahunterstützung, Aufklärung und präzise Luftangriffe. Genau diese Fähigkeiten sind bei der Landes- und Bündnisverteidigung besonders gefordert und auch Bestandteil von Orion 26.



Das Üben von Tiefflügen gehört zur Aufgabenstellung des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 aus Büchel auf der Base aérienne 118 Mont-de-Marsan.

© Bundeswehr/Francis Hildemann

### **Intensive Vorbereitung und Durchführung**

Orion 26 steht exemplarisch für die enge militärische Kooperation innerhalb Europas sowie mit weiteren Partnerstaaten, mit denen die Luftwaffe bereits in früheren Übungsvorhaben zusammengearbeitet hat – unter anderem bei Desert Flag mit Katar.

Für die Beteiligten bedeutet die Übung Orion Tage voller Briefings, gemeinsamer Planung und enger Abstimmung mit den Partnern aus mehreren Nationen – und anschließend Starts und Landungen in enger Taktung auf einer betriebsamen Luftwaffenbasis. Gemeinsam mit Deutschland zeigen die beteiligten Nationen, wie eng Bündnispartner heute zusammenarbeiten. Orion 26 macht diesen Schulterschluss sichtbar – in der Luft und am Boden.

Text: Thomas Skiba

Anzeige

Meet us at  
Enforce Tac 2026

THERE'S NO BUSINESS  
LIKE **TANK** BUSINESS



**STUBE 318**  
PUBLIC RELATIONS SERVICES

Presenting: Your business

[www.stube318.de](http://www.stube318.de)

## BDSV übernimmt ideelle Trägerschaft der Enforce Tac

Die Enforce Tac erhält hochrangige Unterstützung: Der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV) übernimmt ab 2026 die ideelle Trägerschaft der Fachmesse, die vom 23. bis 25. Februar im Messezentrum Nürnberg stattfindet. Die Partnerschaft setzt ein starkes Signal für die Rolle der Enforce Tac als Zukunftslabor für Europas Sicherheit und unterstreicht die wachsende Bedeutung des Verteidigungssektors.

Mit der ideellen Trägerschaft übernimmt der BDSV eine aktive Rolle als strategischer Partner der Enforce Tac. Als führende Interessenvertretung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bringt der Verband seine Expertise in alle relevanten Branchenthemen ein und stärkt den Dialog zwischen Industrie, Politik und Institutionen. Gerade vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Zeitenwende und globaler Krisen gewinnt dieser Schulterschluss an Bedeutung. Neue Bedrohungsszenarien und komplexe Abhängigkeiten stellen Staaten und Unternehmen vor enorme Herausforderungen. „Unsere Welt ist dynamischer und komplexer denn je“, erklärt Roland Haag, Geschäftsführer des BDSV. „Digitalisierung, globale Lieferketten, kritische Infrastrukturen, urbane Räume, aber auch neue Formen der Kriminalität und hybrider Bedrohungen verlangen von uns ein völlig neues Verständnis von Sicherheit.“

### **Innovation und Zusammenarbeit als Schlüssel**

Die Enforce Tac bietet ein geschütztes Umfeld für den strategischen Austausch und fördert eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen sicherheitsrelevanten Akteuren. Mit dem BDSV als ideellem Träger wird dieser Anspruch weiter gestärkt – durch fachliche Beratung, gemeinsame Initiativen und den Ausbau strategischer Netzwerke. Die Herausforderungen von heute erfordern allerdings mehr als technologische Innovation. Sie verlangen strategische Kooperation zwischen Behörden, Industrie und Gesellschaft sowie gemeinsame Verantwortung – ein Ansatz, den Haag unterstreicht: „Vernetzte Sicherheit bedeutet weit mehr als das Zusammenspiel moderner Technologien. Sie steht für das partnerschaftliche Zusammenwirken von Institutionen, Unternehmen und Menschen, die Verantwortung tragen – für Schutz, Resilienz und Vertrauen.“

Die Partnerschaft schafft eine Plattform, die den Dialog vertieft und neue Impulse für die Zukunft der europäischen Sicherheitslandschaft setzt. Jasmin Rutka, Veranstaltungsführerin der Enforce Tac, betont: „Mit dem BDSV als ideellem Träger gewinnen wir einen starken Partner, der die strategische Weiterentwicklung der Enforce Tac maßgeblich unterstützt und den Dialog zwischen Industrie, Behörden und Einsatzkräften intensiviert.“ Dieser Austausch macht die Enforce Tac zu einem Zukunftslabor für Europas Sicherheit, in dem Innovation und Kooperation zusammenwirken und neue Standards gesetzt werden. „Auf der Enforce Tac wird sichtbar, wie innovative Lösungen ineinandergreifen können“, ergänzt Haag. „Doch genauso wichtig wie die Technologie ist der Dialog zwischen allen Akteurinnen und Akteuren. Nur im Austausch entstehen jene Konzepte, die unsere Sicherheitsarchitektur nachhaltig stärken.“

Text: NürnbergMesse; DK



Roland Haag ist seit Januar 2026 Geschäftsführer des BDSV

© BDSV



Kommende Woche beginnt die Enforce Tac in Nürnberg.

© NürnbergMesse

## Neue strategische Partnerschaft für datengetriebene Verteidigungsfähigkeiten

Die Unternehmen HENSOLDT und Schwarz Digits, die IT- und Digitalsparte der Schwarz-Gruppe, schließen eine strategische Partnerschaft, um gemeinsam den Ausbau von Software-Defined Defence sowie souveränen, datengetriebenen Fähigkeiten für den vernetzten Einsatzraum voranzutreiben. Ziel der Zusammenarbeit ist es, vollständig integrierte, souveräne und Cloud-fähige Lösungen für Deutschland sowie für Partnernationen bereitzustellen.

### **Von VS-Geheim bis Quantenresistenz**

Die Partnerschaft reagiert auf den dringenden Bedarf an unabhängiger Cloud-Technologie und verlegefähiger IT-Architektur für den Verteidigungssektor. STACKIT, der Cloud-Provider von Schwarz Digits, liefert hierfür eine durchgängige Infrastruktur. Diese entkoppelt die Datenverarbeitung von stationären Rechenzentren und verlängert sie über dezentrale Knoten bis hin zu mobilen Geräten direkt im Einsatzraum. Die Architektur ist explizit für den „air-gapped“-Betrieb – also die physische Isolation vom öffentlichen Internet – konzipiert und garantiert damit volle Datensouveränität sowie operative Handlungsfähigkeit auch bei unterbrochener Konnektivität.

Über die Infrastruktur hinaus bringt Schwarz Digits spezialisierte Sicherheitsfähigkeiten in die Partnerschaft ein. Hochsichere Kommunikations-Stacks werden den Datenaustausch bis zum Geheimschutzgrad VS-Geheim ermöglichen. Um auch künftigen Bedrohungen zu begegnen, setzt Schwarz Digits auf quantenresistente Verschlüsselungsverfahren und umfassende Cybersicherheitslösungen. Dieser integrierte Ansatz schützt die Integrität sensibler Datenströme lückenlos gegen digitale Zugriffe.

### **Modulare Multi-Domain Operations Software-Suite**

HENSOLDT trägt sein komplettes Verteidigungstechnologie-Portfolio bei. Dazu gehört insbesondere der Multi-Domain Operations Core (MDOcore) – eine offene, modulare und Cloud-fähige Software-Suite als Universalübersetzer für unterschiedliche, verteilte Datenquellen mit der Fähigkeit zur KI-gestützten Datenfusion und zur Integration von Fähigkeiten über mehrere militärischen Domänen hinweg. Darüber hinaus bringt HENSOLDT seine Produktpalette aus Radar-, Optronik-, elektromagnetischer Signalaufklärung und aktiven wie passiven Sensorsystemen ein, ergänzt durch verteilte Datenmanagement- und Interoperabilitätslösungen.

Oliver Dörre, CEO von HENSOLDT, erklärte: „Die Partnerschaft mit Schwarz Digits verbindet führende Verteidigungselektronik mit souveräner digitaler Infrastruktur. Damit schaffen wir die Voraussetzungen, um Software-Defined Defence ganzheitlich umzusetzen und Streitkräften hochwirksame und erweiterbare Fähigkeiten für den vernetzten Einsatzraum zur Verfügung zu stellen.“

Christian Müller, Co-CEO von Schwarz Digits, ergänzte: „Mit Schwarz Digits liefern wir das digitale Fundament für eine neue Ära der Cybersicherheit. Damit beweisen wir, dass digitale Souveränität die notwendige Geschwindigkeit und Sicherheit bietet, um kritische Systeme zukunftssicher zu betreiben. Unsere souveräne Cloud-Infrastruktur stellt sicher, dass hochkomplexe Software-Suites wie MDOcore genau dort Höchstleistung erbringen können, wo sie gebraucht werden: vom hochsicheren Rechenzentrum, über Public und Private Cloud bis hin zur taktischen Edge im mobilen Einsatz.“

Für das weitere Jahr 2026 ist vorgesehen, die gemeinsamen Grundlagen für datengetriebene, resiliente Verteidigungslösungen in konkrete Prototypen und gemeinsame Angebote zu überführen. Geplant ist u.a. ein gemeinsamer Prototyp, der die souveränen Fähigkeiten von Schwarz Digits mit Sensorik, Integrationssoftware und simulationsgestützter Datengenerierung von HENSOLDT verbindet. Zudem soll die Infrastruktur von Schwarz Digits in eine Sensor-Lösung von HENSOLDT integriert werden. Die Vorstellung dieser Lösung ist für die ILA im Juni 2026 in Berlin geplant.



Bei der Unterzeichnung (von links): Christian Müller (Co-CEO Schwarz Digits), Oliver Dörre (CEO HENSOLDT), Rolf Schumann, (Co-CEO Schwarz Digits).

Text: HENSOLDT; DK

# IMPRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichtet – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

**Verlagsanschrift:**  
VDS Verlag Deutsche  
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28  
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899  
Fax +49 6421 18329-05

**E-Mail:**  
verlag@deutsche-spezialmedien.de

**Gerichtsstand:**  
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne  
des Presserechts:**  
Daniel Kromberg (DK),  
Chefredakteur

**E-Mail:**  
redaktion@newsletter-verteidigung.de

